

Antragsbereich E / Antrag E4**AntragstellerInnen:** Bezirk Unterfranken**Empfänger:** Bundesparteitag

Landesparteitag

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Version der Antragskommission**E4: Aufstehen gegen Internierungslager in China**

Vor dem Hintergrund der Errichtung von Internierungslagern in der chinesischen Provinz Xinjiang fordern die Jusos Aschaffenburg die Adressaten dazu auf folgenden Antrag an den Bundesparteitag zu überweisen:

Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen und Unternehmen einzutreten, die

1. An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von Internierungslagern in Xinjiang beteiligt sind
2. An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb dieser Lager beteiligt sind
3. In den Lagern in leitender Funktion tätig sind

Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann

1. Ein Verbot der Einreise nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten natürlichen Personen

2. Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen Personen in Deutschland

Weiterhin ist zu prüfen ob

1. Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik beendet werden kann

2. Ein Verbot der Ausfuhr von Überwa-

Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen und Unternehmen einzutreten, die

An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von Internierungslagern in Xinjiang beteiligt sind

An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb dieser Lager beteiligt sind

In den Lagern in leitender Funktion tätig sind

Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann

1. Ein Verbot der Einreise nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten natürlichen Personen
2. Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen Personen in Deutschland

Weiterhin ist zu prüfen ob

1. Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik beendet werden kann

2. Ein Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie an China die genutzt werden kann um politische Gegner und Mitglieder ethnischer Minderheiten ausfindig zu machen

35 chungstechnologie an China die genutzt
werden kann um politische Gegner und
Mitglieder ethnischer Minderheiten
ausfindig zu machen

3. Der Schutz von ehemaligen politischen
40 Häftlingen aus Diktaturen und Kriegsge-
bieten, hier am Beispiel der Volksrepublik
China, verbessert werden kann

Die chinesische Regierung hat in der Provinz
Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million
45 Insassen errichtet, in denen sie die ethnische
Minderheit muslimischer Chinesen, die Ui-
guren interniert. Inhaftierte berichten von
Vergewaltigung und Folter, sogar grundle-
gende menschliche Bedürfnisse wie Gänge
50 auf die Toilette sind beschränkt.

Auch deutsche Unternehmen sind an der
Überwachung der Uiguren, die zu deren In-
haftierung in Lager führt, beteiligt. Siemens
55 unterhält beispielsweise eine Technologie-
partnerschaft mit dem verantwortlichen
chinesischen Militärunternehmen und die
KfW finanziert den Bau einer U-Bahn in der
Provinzhauptstadt deren Ticketsystem Teil
60 der Massenüberwachung ist.

Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass
die Internierung von Menschen auf Grund
ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer
65 Religionszugehörigkeit in streng bewachten
Lagern einen beispiellosen Akt der Barbarei
darstellt, der durch entschlossenes Handeln
der Staatengemeinschaft sofort zu beenden
ist.

70 Der Gedanke, dass deutsche Unternehmen
Technologie und Gelder für dieses Lager-
und Überwachungssystem bereitstellen
ist unerträglich. Das die verantwortlichen
75 Beamten und Parteifunktionäre nach Be-
lieben in Deutschland reisen dürfen und
freien Zugriff auf ihr sich in Deutschland be-

3. Der Schutz von ehemaligen politischen
Häftlingen aus Diktaturen und Kriegs-
gebieten, hier am Beispiel der Volksre-
publik China, verbessert werden kann

Die chinesische Regierung hat in der Provinz
Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million
Insassen errichtet, in denen sie die ethnische
Minderheit muslimischer Chinesen, die Ui-
guren interniert. Inhaftierte berichten von
Vergewaltigung und Folter, sogar grundle-
gende menschliche Bedürfnisse wie Gänge
auf die Toilette sind beschränkt.

Auch deutsche Unternehmen sind an der
Überwachung der Uiguren, die zu deren In-
haftierung in Lager führt, beteiligt. Siemens
unterhält beispielsweise eine Technologie-
partnerschaft mit dem verantwortlichen
chinesischen Militärunternehmen und die
KfW finanziert den Bau einer U-Bahn in der
Provinzhauptstadt deren Ticketsystem Teil
der Massenüberwachung ist.

Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass
die Internierung von Menschen auf Grund
ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer
Religionszugehörigkeit in streng bewachten
Lagern einen beispiellosen Akt der Barbarei
darstellt, der durch entschlossenes Handeln
der Staatengemeinschaft sofort zu beenden
ist.

Der Gedanke, dass deutsche Unternehmen
Technologie und Gelder für dieses Lager-
und Überwachungssystem bereitstellen
ist unerträglich. Das die verantwortlichen
Beamten und Parteifunktionäre nach Be-
lieben in Deutschland reisen dürfen und
freien Zugriff auf ihr sich in Deutschland be-
findliches Vermögen haben ist vollkommen
unverständlich.

Die Bundesregierung muss deshalb durch

findliches Vermögen haben ist vollkommen unverständlich.

80

Die Bundesregierung muss deshalb durch den Einsatz von individuellen Sanktionen ihre Möglichkeiten der Einflussnahme nutzen und somit der historischen Verantwortung

85 Deutschlands gerecht werden.

den Einsatz von individuellen Sanktionen ihre Möglichkeiten der Einflussnahme nutzen und somit der historischen Verantwortung Deutschlands gerecht werden.